

## Genug gestraft?

*Zu den Reaktionen auf das Ende des Honecker-Prozesses*

Die italienische „La Repubblica“ lobte Deutschland wegen der durch das Urteil des Berliner Verfassungsgerichts erzwungenen Einstellung des Verfahrens gegen *Erich Honecker* gleich doppelt: Der deutsche Staat habe bewiesen, daß er seine Rechte wahrnehmen kann; schließlich habe er die Ausweisung des ehemaligen Staatsratsvorsitzenden der ehemaligen DDR aus der Sowjetunion durchgesetzt und ihm den Prozeß gemacht. Und jetzt zeige er – der deutsche Staat – Größe, indem er „Vergebung gewährt und den alten Staatsmann nicht nur in die Freiheit entläßt, sondern ihm auch die Möglichkeit gibt, zu entscheiden, wo er sein Leben beschließen will“. Und obendrein meinte das linksliberale, den Sozialisten *Bettino Craxi* nahestehende Blatt, einem Großteil der Deutschen sei es so auch recht.

*Rupert Scholz*, Staatsrechtler von hohen Graden, mit *Henning Voscherau* Vorsitzender der Gemeinsamen Verfassungskommission von Bundestag und Bundesrat (vgl. HK, Januar 1993, 35) und früher einmal unter *Helmut Kohl* kurze Zeit Bundesverteidigungsminister, sah das ganz anders. In der „Welt“ griff Scholz in scharfer Form und mit windschiefen Argumenten das Berliner Verfassungsgericht an, zog dessen Zuständigkeit in Zweifel, warf ihm vor, es habe sich über neue Gesundheitsprüfungsvorhaben der Strafkammer einfach hinweggesetzt und hielt ihm vor, zu Unrecht eine Verletzung der Menschenwürde durch Fortsetzung des Prozesses im Sinne des Art. 1 Abs. 1 GG festzustellen, denn in der Berliner Verfassung sei ein solches Recht gar nicht „enthalten“.

Mit der Rechtspositivisten eigenen Schlitzohrigkeit beschränkte sich Scholz

allerdings auf die Feststellung, mit dem Prozeß gegen Honecker habe Deutschland die Möglichkeit gehabt, „ein Beispiel für rechtsstaatliche Rechtspflege in jeder Hinsicht zu geben“ und dieser Möglichkeit sei durch das Berliner Verfassungsgericht schwerer und irreparabler Schaden zugefügt worden. Er vermied aber eine Aussage in der Sache.

Noch einmal ganz anderer Meinung war *Reiner Frenkel* in der „Zeit“: Die Berliner Verfassungsrichter hätten mit ihrem Spruch für die richtigen Maßstäbe gesorgt. Nun könne der Honecker-Prozeß unter den Namen der restlichen Verantwortlichen endlich seriös geführt werden. Das Gericht könne Streit über Formalien nun beenden und zur Sache kommen. Und für *Friedrich Karl Fromme* (FAZ) schließlich war das Ende des Prozesses eine „Schlappe des Rechtsstaates“. Fromme verband damit allerdings die resignative Feststellung, daß einer Diktatur mit den Mitteln des Rechtsstaates „offenbar“ nicht beizukommen sei.

Die Stimmen auf der Straße, an den Stammtischen und im Bekanntenkreis waren mindestens so variantenreich, nur direkter, ungeschützter. Versöhnliches war zu hören, auch von solchen, die unter dem SED-Regime gelitten haben, weil sie sich nicht damit arrangierten oder klein beigaben. Von wirklich menschlicher Größe zeugte das Verhalten der Mutter, deren Sohn kurz vor der Wende das letzte Opfer von Mauer schützen geworden war: Bei aller Trauer, sie wolle akzeptieren, was sei: die Toten könne auch ein Honecker im Gefängnis nicht mehr lebendig machen. Herausgestoßene Rachegefühle bei anderen, auch bei Nichtopfern. Nicht wenige aber fanden „das Ganze um Honecker“ schlicht „peinlich“.

Im Grunde kreisten alle Stimmen um das *eine Dilemma*: Es ist schmerzlich und nicht hinzunehmen, daß die politisch Verantwortlichen für kriminelle Taten in einem totalitären System nicht zur Verantwortung gezogen werden und damit Verbrechen ungesühnt bleiben; aber wie soll mit rechtsstaatlichen Mitteln durch die Strafjustiz aufgearbei-

tet werden, was in einem totalitären System politisch verbrochen wurde? Bei Lichte betrachtet wurde gerade der Honecker-Prozeß zum Musterbeispiel dafür, daß aus diesem Dilemma nicht herauszukommen ist.

Seit dem Ende der DDR sind die deutsche Politik und Justiz von der einen Falle in die andere getappt: die Flucht Honeckers auf sowjetischen Schleichwegen nach Moskau, die Verwicklungen mit Chile wegen des „Botschaftsflüchtlings“ Honecker, dann wochenlang die fast tägliche Frage in den Medien „kommt er oder kommt er nicht“, die schleppende Anklageerhebung, dann der täglich stockende Prozeß gegen einen verstockten Greis, der von seiner Welt von einst nicht loskommt, aber auch niemanden mehr ein Leid antun kann und dessen Tod, in welcher Zeitspanne auch immer, abzusehen ist. Und das alles ausgeleuchtet bis zum letzten Detail von den Medien, die auf diese Weise ihren ganz speziellen Beitrag zu einer in sich schon fragwürdigen Art von Vergangenheitsbewältigung leisteten. (Fragwürdig jedenfalls dann, wenn sie von Leuten in der alten Bundesrepublik nach westlichen Kriterien ohne selbstkritischen Rückblick auf das eigene Verhalten und die eigene Einschätzung der DDR von einst betrieben wird).

Aber von alledem abgesehen: Wird in einem solchen Prozeß die politische Verantwortung voll ausgeleuchtet, kommt dieser leicht – in einer Mediengesellschaft fast unvermeidlich – in den Geruch eines politischen Prozesses; wird er rechtsstaatlich nach innen wie nach außen sauber durchgeführt, erweist sich das Justitiable im Verhältnis zu dem, wofür der Angeklagte politisch und moralisch einzustehen hat, als lächerlich gering.

In anderen Ländern, wo der Rechtsstaat auch etwas gilt, wo man aber politischer denkt, wird das alles nüchterner gesehen. „Le Monde“ meinte in einem Leitartikel, ebenfalls zum Ende des Honecker-Prozesses: Zu Honecker, der selbst schon einmal von einem anderen Verbrecherregime, von den Nazis, zehn

Jahre lang eingesperrt worden sei, passe eine neue Gefängnishaft schwerlich. „Das politische Scheitern, die moralische Ächtung ‚der alten Kominternleute‘ an deren Lebensabend ist bereits eine exemplarische Bestrafung.“ Dagegen läßt sich schlecht etwas einwenden. *se*

## Eindringlich

*Das Gebetstreffen von Assisi*

Das auf Einladung und unter Beteiligung Johannes Pauls II. am 27. Oktober 1986 in Assisi veranstaltete Gebetstreffen der Religionen für den Frieden (vgl. HK, Dezember 1986, 556) hatte keinen speziellen Anlaß. Beim Gebetstreffen, das jetzt am 9. und 10. Januar in der Stadt des Friedensheiligen Franziskus stattfand, war das anders: Im entsprechenden Aufruf, den Johannes Paul II. Anfang Dezember 1992 zusammen mit den Vorsitzenden der Bischofskonferenzen Europas ergehen ließ, war ausdrücklich vom *Krieg in Bosnien-Herzegowina* die Rede; dieser tragische Krieg stelle den Kirchen in Europa in besonderer Weise Fragen.

Dementsprechend stand auch das Treffen vom 9. und 10. Januar weitgehend im Zeichen des Krieges in der ehemaligen jugoslawischen Teilrepublik, dessen Grausamkeiten inzwischen ein unvorstellbares Ausmaß erreicht haben, ohne daß ein baldiges Ende bzw. ein gerechter Friede abzusehen wäre. Bei der Feier am Abend des 9. Januar kamen nach einer Ansprache des Papstes vier Vertreter aus dem Kriegsgebiet mit ihren Zeugnissen zu Wort, darunter der katholische Erzbischof von Sarajewo und das Oberhaupt der muslimischen Gemeinschaft in Bosnien, *Jakub Selimoski*. Seinen Bericht schloß Selimoski mit der Frage, wie Europa es zulassen könne, daß eine ganze Nation ausgelöscht werde. Zuvor hatte er an die Opfer des Krieges unter seinen Glaubensgenossen erinnert: 200000 getötete und 500000 verwundete Muslime, mehr als 35000

vergewaltigte muslimische Frauen und Mädchen.

Während im Oktober 1986 auch Vertreter der asiatischen Religionen und verschiedener Stammesreligionen anwesend waren, galt die Einladung nach Assisi diesmal neben den christlichen Kirchen nur Vertretern des Judentums und des Islam. Der Papst sprach in diesem Zusammenhang von den „drei großen religiösen Traditionen“, die seit Jahrhunderten in Europa vertreten seien und ihren Beitrag zur Entwicklung des Kontinents geleistet hätten. Während die *Juden* in Assisi nur schwach vertreten waren (das Treffen begann am Sabbat), wurde der europäische *Islam* durch eine dreißigköpfige Delegation repräsentiert, darunter auch zwei Muslime aus Berlin. Johannes Paul II. erinnerte bei einer Begegnung mit den muslimischen Teilnehmern des Gebetstreffens an die Aussagen des Zweiten Vatikanums über die christlich-muslimische Zusammenarbeit und bekräftigte den Willen der katholischen Kirche, diese Zusammenarbeit zur Förderung von Frieden und Gerechtigkeit fortzusetzen.

Schon das Schlußdokument der Europasynode von Ende 1991 (vgl. HK, Februar 1992, 65 ff.) hatte ausdrücklich auf die Bedeutung der Beziehungen zu den Muslimen für das Christentum und die europäische Kultur hingewiesen: Ungeachtet der bekannten Schwierigkeiten sei der Dialog mit den Muslimen heute höchst notwendig. Gerade das Gebetstreffen von Assisi legt jetzt die Vermutung nahe, daß man im Vatikan großes Interesse daran hat, zumindest den *Islam in Europa* in eine „große Koalition“ der Konfessionen und Religionen für Menschenwürde, Gerechtigkeit und Frieden einzubinden. Johannes Paul II. in Assisi: „Es kann keinen wirklichen Frieden geben, ohne daß die Gläubigen gemeinsam die Politik des Hasses und der Diskriminierung verwerfen und das Recht auf religiöse und kulturelle Freiheit in allen menschlichen Gesellschaften bekräftigen.“

Keinen Durchbruch erbrachte das Gebetstreffen vom 9. und 10. Januar im seit einiger Zeit massiv belasteten Ver-

hältnis der katholischen Kirche zu den orthodoxen Kirchen im allgemeinen und zur *serbischen Orthodoxie* im besonderen. Außer einem Abgesandten der rumänischen Orthodoxie und zwei orthodoxen Repräsentanten aus Makedonien war die Orthodoxie in Assisi nicht vertreten. Der serbische Patriarch *Pavle* hatte der Einladung zum Treffen nicht Folge geleistet, wohl aber in einer Botschaft an den Papst davon gesprochen, seine Kirche weise die brüderlich ausgestreckte Hand Roms damit nicht zurück und wolle nichts unversucht lassen, um eine Begegnung mit dem Papst zu ermöglichen.

Johannes Paul II. unterließ in seinen Ansprachen und Predigten während des Gebetstreffens jeden Hinweis auf die zwielichtige Haltung der serbischen Orthodoxie gegenüber der Politik und Kriegführung ihres Landes. Er war offensichtlich darum bemüht, keine Türen zuzuschlagen, eine Haltung, die derzeit für das Verhältnis Roms zur Orthodoxie insgesamt gilt. Ob es gelingt, die Gesprächsfäden wieder zu knüpfen, muß sich in den kommenden Monaten zeigen. Die serbisch-orthodoxe Kirche jedenfalls hat eine Bringschuld. *ru*

## Weltfeuerwehr

*Die überlastete UNO steht vor zu hohen Erwartungen*

Mit den Rufen „Faschist und Mörder“ wurde er in Sarajevo empfangen. In *Somalia* mußte sich *Boutros Ghali* vor den Steinwürfen der fanatischen Getreuen unbeeirrbarer Bandenchefs in die zur Festung gewordene US-Botschaft zurückziehen. Und auch bei der dritten Station seiner Neujahrsreise in *Addis Abeba*, wo der Generalsekretär der Vereinten Nationen die Friedensverhandlungen zwischen den somalischen Kriegsherren eröffnete, wurde er von lautstarken Demonstranten empfangen: Äthiopier prangerten die UNO-Unterstützung für die abgespaltene Provinz Eritrea an.